

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Herausgegeben von Emma Ihrer in Pankow bei Berlin.

Stuttgart

Mittwoch, den 6. Februar
1895.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter No. 2756) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweispaltige Petitzeile 20 Pf.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Klara Zettin (Eigener), Stuttgart, Rothebühl-Strasse 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwahn-Strasse 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Wir demonstrieren.

Nur vereinzelt und schüchtern regt sich in der bürgerlichen Frauenwelt Deutschlands das Verlangen nach politischer Aufklärung und politischen Rechten. Kraftvoll dagegen ist dieses Verlangen emporgewachsen und hat sich zu bewußten, entschiedenen Forderungen emporgewachsen innerhalb Deutschlands Frauenproletariat. Ein Beweis mehr dafür, daß die Frauenwelt der Besitzenden wie der Nichtbesitzenden theilnimmt am geschichtlichen Vergehen und Werden ihrer Klasse, daß sie Fleisch von deren Fleisch und Bein von deren Bein ist.

Die Frauen, denen ihre Klassenzugehörigkeit die Anwartschaft auf eine gewisse Bildung als Erbgut in die Wiege legt, sie stehen im großen Ganzen dem öffentlichen Leben stumpfsinnig gegenüber. Stumpfsinnig tragen sie ihre soziale Unterwürtigkeit als etwas Selbstverständliches, und als Zierde erscheint ihnen vielfach noch, was eine Kette ist. Weite Schichten der Frauen dagegen, für welche ihre Armuth die Bildung zur verbotenen Frucht macht, nach der sie nur unter schwersten Opfern flüchtig greifen dürfen, sie zeigen offenes Auge für unsere Zeit. Klar empfinden sie ihre politische Rechtlosigkeit als eine Schmach, die um so drückender lastet und um so ernster gehaßt wird, weil diese Rechtlosigkeit sie der Waffen beraubt, mit denen sie ihre Klassensklaverei nachdrücklich bekämpfen können. Und deshalb sind es die Kreise der zielklaren Proletarierinnen, welche laut, energisch, bewußt die Forderung erheben: **Wir wollen das Vereins- und Versammlungsrecht! Wir wollen das Wahlrecht!** Ihre Klassenlage, ihr Klassenleiden hat aus ihrem Hirn das Spinnengewebe vorurtheilsvoller Begriffe über die Rechte und Pflichten des Weibes weggestäubt. Ihre Klassenlage, ihr Klassenleiden hat sie erzogen zu Kämpferinnen für die Freiheit ihrer Klasse und ihres Geschlechts.

Hart frohnden Millionen proletarischer Frauen und Mädchen im Joche des Unternehmertums. Ihre Arbeit schafft diesem nicht im bloßen Brot, Freiheit und Kultur, sondern Ueberfluß, Macht und Raffinement. Ihnen selbst aber, den fleißigen Arbeitsbienen, fällt Noth, Knechtschaft und Unbildung als Loos. Mit der ganzen Wucht seines wirtschaftlichen Uebergewichts stürzt sich das Unternehmertum auf die Lohnsklavinnen. Ihnen schneidet es das Stück Brot am schmalsten in die Hand, sie preßt es bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit aus, nicht bloß ihre Arbeitskräfte macht es sich tributpflichtig, oft auch noch ihr Weibthum. Warum das? Weil die bürgerliche Gesellschaft die wirtschaftlich schwache Proletarierin dem wirtschaftlich starken Kapitalisten auf Gnade und Ungnade ausliefert. Weil die Proletarierin in ihrer Eigenschaft als Frau ein noch billigeres und süßeres Ausbeutungsobjekt ist, als der Mann ihrer Klasse.

Der Widerstand, den die einzelne Arbeiterin dem Profitthunger des Unternehmertums nicht entgegenzusetzen vermag, er muß sich zu ihren Gunsten geltend machen durch die gewerkschaftliche Organisation. In der Organisation zur Macht zusammengeschweift, vermögen die Proletarierinnen einzig und allein für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, d. h. für menschenwürdige Lebensverhältnisse. Die Macht der Mehrwertpfeffer muß durch das Vereins-

und Versammlungsrecht der Arbeiterklasse in Schach gehalten werden. Auf die Ausbeutungsfreiheit der Kapitalistensippe muß die Koalitionsfreiheit des Proletariats die richtige Antwort geben. Gleichheit im Punkte der Ausbeutung hat die kapitalistische Entwicklung zwischen den Männern und Frauen des Proletariats geschaffen. Gleichheit mit dem Manne verlangt deshalb die proletarische Frau bezüglich der Waffen, mittels deren sie ihre Lebensinteressen verteidigen kann. Und so ertönt in unseren Tagen von Hunderttausenden von Proletarierinnen der Ruf: **„Wir wollen das Vereins- und Versammlungsrecht! Wir fordern die Koalitionsfreiheit!“**

Aber nicht bloß die Geißel der wirtschaftlichen Uebermacht der Kapitalistenklasse fühlt die Proletarierin auf ihrem Rücken. Auch unter ihrem sozialen Uebergewicht, unter ihrer politischen Macht muß sie den Nacken beugen. Tagtäglich spürt es die proletarische Frau, daß der Kapitalistenklügel im Rohr der Gesetzgebung sitzt und sich Pfeifen schneidet. Ihre Erwerbs- und Lebensverhältnisse erleiden den Einfluß einer Handelspolitik, welche im Zeichen des Profits der Krant-, Schlot- und Börsenjunker steht. Unter dem Drucke des Großkapitals verwandeln sich die dürftigen Ansätze dürftigen Arbeiterschutzes in prozigsten Arbeitertrug. Um den Besitz zu schonen werden dem Armen und Nermsten die schier unerträglichen Lasten der indirekten Besteuerung auferlegt. Der Militarismus verschlingt Riesensummen, damit das „herrliche Kriegsheer“ den „inneren Feind“ niederartätschen kann, damit die Nichtbesitzenden für Zeit und Ewigkeit der Knechtschaft und Ausbeutung überliefert bleiben. Wo das werthtätige Volk selbstbewußt sein Haupt erhebt und für sein Recht streiten will, da fällt eine reaktionäre Gesetzgebung dem Kämpfenden in den Arm, da beschwören juristische Herrenmeister aus dem reaktionären Gesetzestext einen noch reaktionäreren Geist herauf. Und was die werthtätige Masse unter diesen Verhältnissen leidet, die Frauen dieser Masse leiden es mit. Die Lasten, welche den Habenichtsen aufgebürdet werden, die proletarische Frau muß sie aus ihrem schmalen Beutel zahlen helfen. Die politische und soziale Vergewaltigung, welche die Arbeiterklasse erfährt, sie macht sich am ersten und am härtesten der Proletarierin fühlbar.

Nur durch die politische Organisation des Proletariats zur Partei des Klassenkampfes kann die Uebermacht der Kapitalistenklasse gebrochen werden, welche solches Unrecht zeitigt. Nur der Klassenkampf aller Entertben auf politischem Gebiet schafft in Gestalt von durchgreifenden Reformen Gegenwartsfreiheit für die Entwicklung und das Ringen der Gegenwartsflauen und Zukunftsfreien. Nur dieser Kampf zertrümmert die Gesellschaft, in welcher die Proletarierin die Ketten der Klassensklaverei tragen muß, in welcher ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit zufolge sich ihr Menschenthum nie frei entfalten kann. Und deshalb muß die Proletarierin gleich gerüstet und gleich wehrtüchtig wie der Mann ihrer Klasse im Kampfe gegen das kapitalistische Progenthum und die bürgerliche Gesellschaft stehen. Gleichen Schritts mit ihm muß sie vorwärts marschiren zur Eroberung der politischen Macht, die das Proletariat in seine Dienste zwingt, als die Geburtshelferin einer neuen Zeit. Und so ertönt in unseren Tagen von Hunderttausenden von Proletarierinnen der Ruf: **„Wir fordern unsere politische Gleichberechtigung! Zum Wahlrecht wollen wir das Wahlrecht!“**

Bürgerliche Frauen wallfahrten behufs Verwirklichung ihrer Ziele in demüthigen Bittgängen vor Throne und Regierungen. Proletarische Frauen thun in Volksversammlungen bewußt und eindringlich ihren Willen kund. Deshalb heraus Ihr Arbeiterinnen, die Ihr in dumpfiger Werkstatt rackert, die Ihr im weiten Fabrik-saal schuftet und schanzet, die Ihr tagaus tagein über der Singer-maschine seufzt! Heraus auch Ihr proletarischen Frauen, die Ihr am ärmlichen Herd unter schwarzen Sorgen schaltet und waltet, die Ihr nicht sicher seid, ob Ihr nicht morgen schon Wirthschaft und Kindern den Rücken kehren müßt, um fern vom Hause ein Stück Brot zu verdienen! Heraus Ihr Alle für eine Stunde aus Eurem Alltagsleben und Alltagsleiden! Und hinein in die Ver-sammlungen, welche Eure politische Gleichberechtigung fordern! Hinein in die Versammlungen, welche zusammen mit der sozial-demokratischen Reichstagsfraktion im Namen des klassenbewußten deutschen Proletariats die Vereins- und Versammlungsfreiheit, das Wahlrecht auch für das weibliche Geschlecht heischen! Bürgerliche Frauen mögen ihre Rechte von den Herrschenden zu erbitten suchen, proletarische Frauen erkämpfen sie gegen die Gewalthaber. Wir gehen unsere eigenen Wege und gehen sie zusammen mit unserer Klasse. Im Lager der Reform mag man petitioniren. Wir Prole-tarierinnen im Lager der Sozialdemokratie, **wir demonstrieren.**

Rückwärtserei im Reichstage.

Die Verhandlungen des Reichstags, welche an die Umsturz-vorlage angeschlossen, standen ausnahmslos im Zeichen der Rückwärtserei der bürgerlichen Parteien und bezeugten ihr Unverständnis, ihre Halbheit oder Feindseligkeit gegenüber den Forderungen und Bedürf-nissen der Masse.

Der Geist des Gestern und Ehegestern sprach aus den Anträgen und Forderungen, mit welchen Konservative und Zenträmmer an den Reichstag herantraten, um das Handwerk zu retten, das schon längst seinen Mann nicht mehr nährt. Zwangsinnung und Befähigungsnachweis sollen dort helfen, wo die Konkurrenz des Großkapitals unvermeidliche Vernichtung zeitigt. Und wenn die Mittel des allein-seligmachenden Zunftzopfes nicht helfen, da soll nach dem Herzen des Reichsparteilers Camp der Staat mit Niesensummen aus den Taschen der Steuerzahler den ehrfamen Handwerksmeister konkurrenzfähig er-halten. Daß letztere Forderung auch nicht von einem einzigen Reichs-tagabgeordneten für ernst genug genommen wurde, um widerlegt zu werden, ist nicht überraschend. Dagegen wurde über die Organisation des Handwerks und den Befähigungsnachweis ein Langes und Breites vorgetragen und zwar alte, sehr alte Texte, nach alten, sehr alten Melodien. Neu war nur, daß sich zu den bisherigen berufsmäßigen konservativen und ultramontanen „Machern“ in Handwerksrettung auch die Nationalliberalen gesellten. Die Partei der Schlotjunker, deren Niesenetablissemments die altzünftigen Betriebe zermalmen, hat plötzlich ihr Herz für den biederen Handwerksmeister entdeckt und schmachtet die Zunftmeierei an! Dieser politische Scherz verliert dadurch nichts an Heiterkeit, daß er sich auch dem unkundigen Nicht-Thebaner sofort als plumpe Bauernfängerei dem Mittelstand gegen-über entpuppt. Die Nationalliberalen wollen sich an ihrem falschen Faschingszunftzopf durch den Mittelstand zu den Höhen einer großen Partei emporziehen lassen. Insbesondere soll der „kleine Mann“ durch die warme Fürsorge für sein Wohl mit Gott für König und Vater-land zu dem brünstig begehrten Umsturzzummel eingefangen werden. Bezeichnend war, daß alle Zunftschwärmer die Rettung des „königs-treuen Handwerks“ mit Rücksicht auf die Vernichtung der Sozial-demokratie befürworteten. Und St. Manchester's letzte Getreue, die Richter u. Cie., machten gegen Befähigungsnachweis und Zwangs-innung u. A. melancholisch geltend, daß die erwartete Wirkung auf die Sozialdemokratie doch ausbleiben werde. So wurden auch die Anträge zur „Handwerkerfrage“ mit Rücksicht auf ihre Einwirkung auf die Sozialdemokratie geprüft. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeord-neten Bock, Reißhaus und Kühn vertraten in trefflichen Ausführungen den Standpunkt der Partei. Klar wiesen sie nach, daß das Handwerk durch die wirtschaftliche Entwicklung verurtheilt sei, daß die technische und maschinelle Ueberlegenheit des Großbetriebs ihnen die Lebens-bedingungen entziehe. Weder Zwangsinnung noch Befähigungsnachweis vermöge daran etwas zu ändern, wie das Beispiel der österreichischen Verhältnisse zeigt. Wolle man etwas für die bedrängten Handwerker thun, so möge man die Steuerlasten erleichtern. Charakteristisch, den Verhältnissen durchaus entsprechend war es, daß einzig und allein von sozialdemokratischer Seite der meist unendlich traurigen Lage der

Gehilfen und Lehrlinge im Handwerk gedacht wurde. Kein Vertreter einer bürgerlichen Partei erwähnte die schmachvolle Ausbeutung, der diese in so vielen Fällen preisgegeben sind. Der Reichstag nahm mit schwacher Majorität die Anträge über die Schaffung von Handwerker-kammern und die Einführung des Befähigungsnachweises an. Ob damit das Sehnen der Innungsmeister erfüllt ist, steht auf einem anderen Blatte. Die Regierung hat sich sehr entschieden gegen den Befähigungsnachweis ausgesprochen, und in Deutschland heißt es ja, daß die Volksvertretung denkt, die Regierung aber lenkt.

Reaktionär bis auf die Knochen ist die Gesetzesvorlage der Re-gierung, eine Aenderung der Gerichtsverfassung und Strafprozeß-ordnung betreffend. Ueber den äußerst volksfeindlichen Charakter dieser Vorlage darf nicht hinwegtäuschen, daß dieselbe mit zwei Reformen ausgeputzt ist, welche das Volk, bezw. der Reichstag, schon längst gefordert hat: die Berufung gegen die Urtheile der Straf-kammern und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Denn erstens sind die betreffenden Reformen nicht so weitgehend, als sie von breiten Volkskreisen gefordert werden, und dann sinnt der Entwurf dem deutschen Volke eine Reihe von Verschlechterungen des jetzigen Justiz-wesens an, und zwar Verschlechterungen, welche sich ganz besonders bei politischen Prozessen zu Nutz und Frommen der Reaktion fühlbar machen würden. Dies gilt z. B. von der Besetzung des Präsidiums und der Vertheilung der Strafsachen durch die Justizverwaltung, von der Einschränkung der Thätigkeit der Schwurgerichte u. c. c. Sollten die Pläne der Regierung durchgehen, so würde die Rechtspflege in noch größere als die jetzt schon so fühlbare Abhängigkeit von der Regierungsgewalt gerathen, so würden gewisse Preßsünden und politische Vergehen vor dem Straf- statt vor dem Schwurgericht ab-geurtheilt werden. Das wäre aber gleichbedeutend mit einer weiteren beträchtlichen Verkümmern der armeneligen Freiheiten, welche das Volk im herrlichen Deutschen Reiche genießt. Es ist deshalb nur natürlich, daß die Vorlage von den Konservativen mit der gebührenden Begeisterung aufgenommen wurde. Der Stockreaktionär von Buchla ließ sich die bezeichnende Aeußerung entschlüpfen, daß alle politischen Angelegenheiten den Schwurgerichten abgenommen werden müßten, daß diese Gerichte überhaupt eine „überwundene Einrichtung seien, hervorgegangen aus den Forderungen des Jahres 1848“. Ultramontane und Freisinnige kritisirten an der Vorlage mit geziemender Unter-thanentreue herum. Ihre Kritik hielt sich deshalb an der Oberfläche und entsprach der Lauheit und Halbheit bürgerlicher Oppositions-anwendungen. Am hellsten beleuchtete Genosse Grillenberger die reaktionäre Tendenz der vorgebliehen „Reform“ und ihren hoch-politischen Charakter. In kräftigen Zügen zeichnete er, wie Brause-wetterei und die berühmte sächsische Justizpflege eine Reform unseres Rechtswesens dringend nöthig mache. Aber, so führte er mit über-zeugender Schärfe aus, der Entwurf der Regierung bessert in der Beziehung sehr wenig und verschlechtert sehr viel. Und ohne in juristische Spitzfindigkeit zu verfallen, zerpflückte er Bestimmung auf Bestimmung des Handwerks, das in seiner gegenwärtigen Fassung und Tendenz unannehmbar sei. Der Entwurf wurde einer Kommission überwiesen, der unsere Genossen Bollmar, Schmidt (Frankfurt) und Lutzauer angehören.

Volksfeindliche Rückwärtserei that sich auch in den stattgehabten Zolldebatten kund. Als würdige Nachfahren ihrer aus dem Stegreif lebenden und Hörige schindenden Ahnen halten es die Edelsten und Besten für ihr gutes Recht, die großen Beutel auf Kosten der werk-thätigen Masse zu füllen. Und unter dem „neuesten Kurs“ plätschert ihre nimmersatte Begehrlichkeit gar munter im Aufwasser herum. Die Anwartschaft auf gesteigerte Profite, welche ihnen die Regierung präferirte in Gestalt von Zollerhöhungen auf künstlichen Honig, auf Kakaool, vor Allem aber auf Baumwollensamenöl, nahmen sie als kleine Abschlagszahlung auf weitere gebührende Vergünstigungen in Empfang. Mit der den Herren Ohsengrafen eignenden Unversorenheit stürmten sie gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag an, welcher das deutsche Volk für die nächsten zehn Jahre nothdürftig gegen den Brotwucher der Zhenplize und Köckerize schützt. Bemerkenswerth war die liebe-volle Verständnissinnigkeit, mit welcher König Stumm, das Fleisch geordnete Großkapital, die Wünsche der Herren unterstützte. Da eine Erhöhung des Getreidezolls „leider“ ausgeschlossen sei, erklärte er, müsse wenigstens geprüft werden, ob dem Nothstand der Landwirth-schaft nicht durch anderweitige Zollerhöhungen geholfen werden könne. Diese Aeußerung „läßt tief blicken“. Sie läßt eine Ahnung auf-dämmern von der Größe des Profits, den sich das Großkapital davon verspricht, wenn es ihm im Bunde mit Junkern und Junkergenossen gelingt, durch die Umsturzvorlage das deutsche Proletariat politisch und wirtschaftlich zu knebeln. Im Namen der sozialdemokratischen Partei legte Genosse Wurm energisch Verwahrung ein gegen den beabsichtigten Beutezug wider das werththätige Volk. Treffend geißelte

er die Heuchelei, mit welcher durch den Hinweis auf die Interessen des „kleinen Mannes“ Maßregeln verbrämt werden, welche einzig und allein dem Großkapital zu Nutz und Frommen gereichen. So wies er bezüglich der geforderten Zollerhöhung auf Quebrachholz nach, daß dieselbe nicht im Interesse der Gerberei-Industrie liege, vielmehr in dem einer kleinen Anzahl von Eichenwaldbesitzern, welche die Gewinnung der Gerberlohe nach rückständigen Methoden betreiben. Die geplante Zollerhöhung ruinire die Gerbereibetriebe, welche mit Quebrachholz arbeiten, und verursache, daß in der Folge mehr als 3000 Arbeiter brotlos auf Pflaster fliegen würden. Als schwere Schädigung der Arbeiterinteressen stellten sich auch die geforderten Zollerhöhungen dar auf künstlichen Honig, Kakaool und ganz besonders auf Baumwollensamenöl, das bei der Fabrikation von Margarine zur Verwendung gelangt. Erst setzte man das werththätige Volk in die Nothlage, sich mit Surrogaten begnügen, Margarine statt Butter essen zu müssen. Dann vertheuere man noch obendrein diese Surrogate, damit die Profite etlicher großer Landwirthe in die Höhe gehen. Mit Fug und Recht schloß Genosse Wurm seine Anklagen gegen die deutsche Zollpolitik mit den Worten: „Wenn ein solcher Artikel wie das Baumwollensamenöl vertheuert wird, so wird es dem Volke immer deutlicher, daß in den Augen der Reichen die Armen nur dazu sind, um sie, die Reichen, zu ernähren.“ Die Frauen des werththätigen Volks, die trotz aller Sparsamkeit und trefflicher Wirtschaftsführung mit den schwersten Sorgen zu kämpfen haben, werden die richtige Würdigung besitzen für die Attentate, welche Kraut- und Schlotjunker unter dem „neuesten“ Kurs gegen die Tasche der kleinen Leute vorbereiten. Sie werden es aber auch zu würdigen der kleinen Leute vorbereiten. Sie werden es aber auch zu würdigen der kleinen Leute vorbereiten. Sie werden es aber auch zu würdigen der kleinen Leute vorbereiten. Sie werden es aber auch zu würdigen der kleinen Leute vorbereiten.

Aus dem Beschlusse des Reichstags, die Aufhebung des Jesuitengesetzes betreffend, weht uns nicht ein freiheitlicher Hauch entgegen. Reaktionsgelüste waren für diesen Beschluß die treibenden Gründe. Nicht um eine Ausnahmemaßregel zu beseitigen und gleiches Recht für Alle zu schaffen, fiel das Gesetz. Seine Aufhebung ist der Schacherpreis, um welchen wahrscheinlich das Zentrum für die Umsturzvorlage zu haben ist. Von den Jesuiten erwartet man außerdem im Kampfe gegen die Sozialdemokratie ganz besonders hervorragende Leistungen. Die Sozialdemokratie fürchtet weder das Gesetz gegen den Umsturz, noch die Jesuitenpater. In ruhig heiterer Siegeszuversicht strebt sie ihrem großen Ziele zu und hält allzeit ihre Grundsätze hoch. Und diesen ihren Grundsätzen getreu stimmte die sozialdemokratische Fraktion für die Beseitigung des Jesuitengesetzes. Denn die Sozialdemokratie ist eine grundsätzliche Gegnerin aller Ausnahmengesetze, ihre Forderung „gleiches Recht für Alle“ ist ihr kein hohles Wort. In kräftiger Weise legte Genosse Liebknecht den Standpunkt der Partei zu der Frage dar, — Rückwärtserei im Lager der Regierung, Rückwärtserei im Lager aller bürgerlichen Parteien, ein kraftvolles bewußtes Vorwärtsschreiten einzig und allein im Lager der Sozialdemokratie, das ist das Merkmal der Parlamentsverhandlungen über die verschiedensten Fragen.

Arbeiterinnen-Bewegung.

— In der Zeit vom 1. bis 30. Januar fanden öffentliche Versammlungen statt in: Berlin, öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Die Konferenz der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen“ (Genosse Timm); öffentliche Versammlung für Frauen und Männer: „Die Freiheit der Wissenschaft“ (Reichstagsabgeordneter Liebknecht); zwei öffentliche, sehr gut besuchte Volksversammlungen, einberufen von der Frauen-Agitationskommission: „Die Gefindeordnung“ (Reichstagsabgeordneter Mollenbuhr). Beide Versammlungen forderten einstimmig durch eine Resolution die Abschaffung der Gefindeordnung und die Unterstellung aller Arbeiter und Arbeiterinnen unter die Gewerbeordnung. Agitationsversammlung der Arbeiter-Bildungsschule: „Die Frau in der Gegenwart“ (Frau v. Gizycki). Die Referentin, welche der bürgerlichen Frauenbewegung angehört, entwickelte in ihrem Vortrag das Programm bürgerlicher Frauenrechte, deren Endziel die Forderung der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ist. Trefflich, klar und scharf präzisirte ihren Ausführungen gegenüber Genossin Rohrlack den Charakter und die Ziele der proletarischen Frauenbewegung, deren A und O nicht der Kampf für Frauenrechte sei, sondern der Kampf gegen das Kapital. Zwei öffentliche Versammlungen des Frauen- und Mädchenbildungsvereins: 1) „Die Frau des Proletariats und die Damen der Bourgeoisie“ (Genosse Baumann); 2) „Religion und Wissenschaft“ (Genosse Thal); öffentliche Versammlung der Bögler- und Mäntelnährerinnen: „Die gegenwärtige Lage in unserem Gewerbe und unsere diesjährigen Forderungen“ (Gen. Mattutat); Breslau, öffentliche Frauen-

versammlung: „Die proletarische Frauenbewegung in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung“ (Genossin Zhrer); Dresden, öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Warum müssen sich die Arbeiter der Wissenschaft bemächtigen“ (Genosse Fricke); Leipzig, öffentliche Versammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen: „Kapital und Arbeit“ (Gen. Johannes); Neßschau, öffentliche Versammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen: 1) „Bericht von der Konferenz“, 2) „Die Organisation“ (Genossin Vogel); Rostock, öffentliche Volksversammlung: „Die industrielle Thätigkeit der Frau“ (Genossin Rohrlack); Stralau, öffentliche Volksversammlung: „Die politische Lage“ (Gen. Mehner); Wilmersdorf, öffentliche Versammlung, einberufen vom Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Berlin: „Die Kinder des Volks“ (Genossin Scholz).

— Vereinsversammlungen fanden in der nämlichen Zeit statt in: Altona, Mitgliederversammlung des Verbands deutscher Schneider und Schneiderinnen: Interne Angelegenheiten; Berlin, Mitgliederversammlung des Verbands der Textilarbeiter und Arbeiterinnen: „Die technisch-wirtschaftliche Revolution der Gegenwart“ (Gen. Mahlke); Generalversammlung des Verbands der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Thätigkeitsbericht“ (Gen. Sailer). Die Zahl der männlichen Verbandsmitglieder stieg im letzten Vierteljahr von 634 auf 816, diejenige der weiblichen von 135 auf 283. Dem Vorstand gehört Genossin Grauer an, die Bibliothek wird durch zwei weibliche Mitglieder, die Genossinnen Ehlers und Wienecke, verwaltet. Zwei Mitgliederversammlungen des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins: 1) „Die Bedeutung der Frau in der heutigen Gesellschaft“, 2) „Die Kinder des Volks“ (Referentin in beiden Versammlungen: Genossin Scholz); Generalversammlung der nämlichen Organisation: Thätigkeitsbericht, Kassenbericht. Der Verein hielt im letzten Vierteljahr drei Vereins- und sieben Wanderversammlungen ab; es fanden sechs Vorstandssitzungen statt. Den Einnahmen von 504,36 Mark stehen Ausgaben in der Höhe von 321,50 Mark gegenüber. Zur Annahme gelangten zwei Anträge: für die Bibliothek 50 Mark zu bewilligen und vom nächsten Quartal an den Mitgliedern die „Gleichheit“ unentgeltlich zu verabfolgen. Generalversammlung des Vereins der Plätterinnen und Berufsge nossen: Thätigkeitsbericht, Kassenbericht. Die Abrechnung vom letzten Vierteljahr ergab einen Ueberschuß von 441,11 Mark, das Gesamtvermögen des Vereins beträgt 2294,25 Mark. Der Vorstand besteht aus dem Genossen Möhring und den Genossinnen Wolf, Kastner, Wandt, Schulz und Krause. Hamburg, Mitgliederversammlung des Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen: Interne Angelegenheiten; Mitgliederversammlung des Verbands deutscher Schneider und Schneiderinnen: „Die Entwicklung der Schneiderei zur Großindustrie“ (Genossin Steinbach); Leipzig, Generalversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen: 1) „Die Umsturzberatungen im deutschen Reichstage“ (Genosse Jäger), 2) Thätigkeitsbericht, Kassenbericht. Der Verein hielt im letzten Halbjahr 14 Versammlungen mit 13 öffentlichen Vorträgen. Seine Mitgliederzahl beträgt 315, die Einnahmen stellen sich auf 215,60 Mark, die Ausgaben auf 242,37 Mark. Die Versammlung beschloß die Einführung von Diskussionsabenden und eine kräftige Agitation für die „Gleichheit“. Veddel-Rothenburgsort, Mitgliederversammlung des Zentralvereins der Frauen und Mädchen Deutschlands: Thätigkeitsbericht, Vorstandswahl. Der Vorstand besteht aus den Genossinnen Benkowsky, Jest, Winter, Graah, Beelen und Starl.

— Fortschritte der politischen Frauenbewegung. Dem Parteitag der rheinländischen Sozialdemokraten, welcher am 20. Januar in Duisburg stattfand, wohnte Genossin Löwenherz-Neuwied als Delegirte bei. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag für Schleswig-Holstein, Lauenburg, Fürstenthum Lübeck und die freie Hansestadt Hamburg, welcher am gleichen Tage in Flensburg stattfand, war ebenfalls eine Delegirte anwesend: Genossin Bode-Kiel. Auf beiden Parteitagen ward die Nothwendigkeit einer kräftigen Agitation unter dem weiblichen Proletariat betont. Genossin Löwenherz hatte einen Antrag eingebracht des Inhalts, daß der rheinische Parteitag „die Nothwendigkeit der Einschaltung der Frauenbewegung in die Tagesordnung der allgemeinen Parteitage anerkennt“. Der Parteitag erledigte diesen Antrag durch Kenntnißnahme.

— Fortschritte der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen. Der Unterstützungsverein der Hutmacher Berlins beschloß, von nun an auch die Arbeiterinnen des Gewerbes als Mitglieder aufzunehmen.

— Eine Konferenz der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands tagte am 13. Januar in Berlin. Vertreten waren 11 Städte durch 14 Delegirte, außerdem nahmen der Reichstagsabgeordnete Reishaus und der Verbandsvorsitzende Holzhäuser-Flensburg an den Verhandlungen Theil. Zur Berathung standen

folgende Punkte: 1. Die Nothwendigkeit eines Vorgehens der Konfektionsarbeiter und Situationsbericht der einzelnen Orte; 2. Aufstellung einheitlicher Forderungen; 3. Unterstützungsfrage; 4. Beratungen über den Zeitpunkt eines ev. Vorgehens. Die Verhandlungen entrollten ein Bild von der tieftraurigen Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in der Konfektion für ein Unternehmertum frohnden, das immer reicher und übermüthiger wird. Alle Delegirten berichteten von übermäßig langer Arbeitszeit und wahren Hungerlöhnen. Einstimmig wurde betont, daß die Heimarbeit und das sich mehr und mehr ausdehnende Schwitzsystem von ganz wesentlichem Einfluß auf die miserablen Erwerbsverhältnisse seien. Unsere mangelhafte sozialpolitische Gesetzgebung trage viel Schuld an den herrschenden Uebelständen, zu deren Milderung die Unterstellung der Hausindustrie unter die Fabrikgesetze erfolgen müsse. Die Konferenz nahm folgende Resolutionen an:

„Die Konferenz hält für nöthig, daß eine rege Agitation unter den Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen in Angriff zu nehmen ist, damit so die Grundlage zu einem einheitlichen Vorgehen gegeben wird. Die Sondervereine verpflichten sich, als Gruppe dem Verband unter den statutarischen Bestimmungen beizutreten, um so auch in organisatorischer Weise ihre Solidarität zu betheiligen. Als nächste Forderung wird überall schon jetzt von den Unternehmern die Errichtung von Betriebswerkstätten verlangt, als notwendige Vorbedingung des sozialen Fortschritts. Diese Forderung ist mit allen uns zu Gebote stehenden und gutdünkenden Mitteln zu vertreten.“

— Ferner: Die Konferenz wählt eine aus fünf Personen bestehende Kommission, welche die Aufgabe hat: 1. Allgemeine Forderungen aufzustellen, 2. die aufgestellten Forderungen den Kollegen an den verschiedenen Konfektionsplätzen zu unterbreiten und zugleich deren Wünsche entgegenzunehmen, 3. die Agitation unter den Konfektionsarbeitern beiderlei Geschlechts zu fördern, 4. Material zu einer Agitationschrift entgegenzunehmen und zu sichten. Die Kommission steht unter Kontrolle des Hauptvorstandes und werden alle Maßnahmen mit ihm gemeinschaftlich getroffen.“

Als Grundlage der aufzustellenden Forderungen dienen folgende Punkte: 1. Aufstellung von Lohnsätzen und Aushängung derselben, 2. Anerkennung von Schiedskommissionen, die über alle entstehenden Streitfragen zu entscheiden haben, 3. anständige Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen, 4. Schnellste Abfertigung beim Abliefern der Arbeiten, 5. Errichtung von Betriebswerkstätten. Als Sitz der Kommission wurde Berlin bestimmt.

— **Altenburg.** Der seit mehr als zwei Jahren hier bestehende Bildungsverein für Frauen und Mädchen hielt am 9. Januar seine jährliche Generalversammlung ab. Der zahlreiche Besuch der Versammlung zeugte davon, welch reges Interesse die proletarischen Frauen unserer Stadt an der Entwicklung und dem Gedeihen der Organisation nehmen, die sich ihre Aufklärung angelegen sein läßt. Der Thätigkeits- wie der Kassenbericht gaben ein befriedigendes Bild von dem Stand des Vereins. Der bisherige Vorstand hat die Organisationsgeschäfte zur vollsten Zufriedenheit der Mitglieder geführt, so daß erste und zweite Vorsitzende, Kassirerin und Schriftführerin mit großer Majorität wiedergewählt wurden. Die Aemter der Revisorinnen und Beisitzerinnen wurden neu besetzt, damit immer mehr Genossinnen mit der Erledigung der Vereinsangelegenheiten vertraut werden. Die Organisation wird sich auch künftighin mit allem Eifer und aller Energie angelegen sein lassen, ihren Aufgaben in treuester Pflichterfüllung gerecht zu werden. Unablässig und opferfreudig werden ihre Mitglieder wie bisher dafür wirken, daß immer größere Kreise der werktätigen Frauenvwelt Altenburgs über ihre Interessen und Pflichten Aufklärung erhalten und mit ihren männlichen Klassengenossen zusammen um das Banner der Sozialdemokratie geschaart den guten Kampf kämpfen für die Befreiung des Proletariats, für die Gesellschaft der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. E. B.

— **Behördliche Findigkeit und Schneidigkeit im Kampfe mit den proletarischen Frauen.** Mit der strebsamen Pflichttreue, welche dem deutschen Beamtenthum in den Augen der durch Besitz und Bildung einflußreichen Kreise so wohl ansteht, haben die westfälischen Behörden der Agitationstour der Genossin Löwenherz die sorgfältigste Aufmerksamkeit geschenkt. Den in anderen Orten vorausgegangenen Versammlungsverboten reihte sich zu Neujahr das in Anna an. Mit den Behörden eignenden Scharfsinn hatte die Polizei erkannt, daß das Agitationskomitee zu Dortmund ein politischer Verein sei. Und da besagtes Komitee, pardon besagter Verein, die Volksversammlung in Anna einberufen hatte, so war es doch klar, klarer, am klarsten, daß die betreffende politische „Vereinsversammlung“ für Männer und Frauen nicht stattfinden durfte. Die Annaer Genossen meldeten nun sofort eine neue Versammlung an, in der Genosse Lehmann referiren sollte. Aus dieser gut besuchten Versammlung wurden die Frauen und Genossin Löwenherz ausgewiesen, denn es handelte sich immer noch um eine Versammlung, die von dem staatsrettenden politischen „Verein“ einberufen war. Die Polizei „ist klug und weise, sie betrügt man nicht“. Die Versammlung protestirte gegen die Aus-

Der Marquis de Fumerol.

Von Guy de Maupassant.

(Schluß.)

In einem großen Lehnstuhl sitzend oder mehr liegend, die Beine mit einer Decke eingehüllt, die Arme auf die Seitenlehnen seines Sitzes aufgelehnt, so daß die Hände, schmale, blutleere, leblose Hände, hinunterhingen, erwartete mein Onkel den Tod mit der Würde eines biblischen Patriarchen. Ein weißer Vollbart fiel auf seine Brust nieder, und die gleichfalls schneeweißen Haare reichten bis dorthin, wo der Bart anfing.

Hinter seinem Lehnstuhl, wie um ihn gegen mich zu vertheidigen, standen zwei junge Frauen, zwei üppige Dämchen, welche mich mit den ledernen Blicken von Dirnen anblitzten. Mit dem Schlafrock bekleidet, die Arme entblößt, das schwarze Haar im Nacken zwanglos zusammengedreht, an den Füßen türkische, goldgestickte Pantoffeln, welche die Knöchel und die seidenen Strümpfe sehen ließen, gliehen sie neben dem Sterbenden allegorischen Figuren, welche in einem Gemälde die Sittenlosigkeit verkörpern sollten. Zwischen dem Lehnstuhl und dem Bett stand ein gedecktes Tischchen; zwei Teller, zwei Gläser, zwei Bestecke warteten auf die Omelette mit Käse, die soeben bei Melanie bestellt worden war.

Mein Onkel sagte mit schwacher, tonloser, aber klarer Stimme:

„Guten Tag, mein Kind. Dein Besuch kommt spät. Unsere Bekanntschaft wird keine lange sein.“

„Es ist nicht meine Schuld, mein Onkel“, stotterte ich hervor.

Er antwortete: „Nein. Ich weiß es. Es ist mehr die Schuld Deines Vaters und Deiner Mutter, als die Deinige. . . Wie geht es ihnen?“

„Nicht schlecht, danke. Als sie hörten, daß Du krank seiest, haben sie mich hierher geschickt, um mich nach Deinem Befinden zu erkundigen.“

„Ah! Und warum sind sie nicht selbst gekommen?“

Ich blickte nach den beiden Dirnen hin und sagte leise: „Es ist nicht ihre Schuld, daß sie nicht kommen konnten. Aber es würde für meinen Vater schwer und für meine Mutter unmöglich sein, das Zimmer zu betreten.“

Der Greis antwortete nichts, er hob nur seine Hand und suchte die meinige. Ich ergriff die blutleere, farblose und kalte Hand und behielt sie.

Die Thür ging auf: Melanie kam mit der Omelette herein und stellte sie auf den Tisch. Die beiden Dämchen setzten sich sofort vor ihre Teller und fingen an zu essen, ohne ihre Blicke einen Augenblick von mir zu wenden.

„Mein Onkel“, sagte ich, „es würde für Mama eine große Freude sein, Dich umarmen zu können.“

Er murmelte: „ . . . Ich auch . . . ich möchte sie . . .“ Er vollendete den Satz nicht.

Es fiel mir kein Vorschlag ein, den ich ihm machen konnte, und so hörte man nichts als das Geklapper der Gabeln auf dem Porzellan und die leichten Bewegungen von Kinnladen, welche kauen.

Dem Abbé, welcher hinter der Thüre lauschte, war unsere Verwirrung nicht entgangen, und da er das Spiel gewonnen glaubte, hielt er den Moment für günstig, um seinerseits einzugreifen. Er trat herein.

Mein Onkel war von seiner Erscheinung so verblüfft, daß er einen Augenblick regungslos da saß; dann öffnete er den Mund, als ob er den Geistlichen verschlingen wollte und rief mit starker, tiefer, wüthender Stimme:

„Was haben Sie hier zu schaffen?“

Der an schwierige Situationen gewöhnte Abbé kam näher und flüsterste:

„Ich komme im Namen Ihrer Frau Schwester, Herr Marquis. Sie schickt mich. . . Sie würde so glücklich sein, Herr Marquis, wenn . . .“

weisung der Frauen. Da alle Versammlungen, in denen Genossin Löwenherz noch referieren sollte, auf Grund des Vereinsgesetzes verboten wurden, so mußte die erfolgreiche Agitationstour leider abgebrochen werden, nachdem 13 Versammlungen stattgefunden hatten. Wenn aber die Behörden in dem freundlichen Wahn leben, durch ihr Talent und ihre Force die proletarischen Frauen Westfalens auf dem Zwangswege als stumpfsinnige, geduldig zinsende Lohnflavinnen erhalten zu können, so wird ihnen eine grausame Enttäuschung nicht erspart bleiben. Für diese Enttäuschung ein Anzeichen. In Dortmund ward bekanntlich die Frauenversammlung verboten. Frauen beschlossen aber nichtsdestoweniger einen Bildungsverein für Männer und Frauen zu gründen. Der Verein ward auf der Polizei angemeldet mit der Erklärung, daß er sich nicht mit politischen Angelegenheiten beschäftigen werde. Am 30. Dezember sollte die erste Mitgliederversammlung stattfinden, in der Anmeldung war mehrmals auf den nichtpolitischen Charakter des Vereins und der Versammlung hingewiesen worden. Die Anmeldebesccheinigung wurde anstandslos erteilt, allein schon nach wenigen Stunden erfolgte ein Verbot der Versammlung auf Grund des Vereinsgesetzes § 3 Abs. 1 und 3. Durch dieses Verbot ist ein Zustand geschaffen worden, dessen „Zwiespalt der Natur“ nur ein behördlicher Verordnungsbescheid begreifen kann. Der Verein ist vorhanden, die Namen seiner Vorstandsmitglieder sind den Behörden bekannt, aber die Entfaltung seiner Tätigkeit wird von Anfang an gehindert. Soweit polizeiliche Weisheit. Nun proletarische Fähigkeit. Der Verein hat sich trotz alledem konstituiert und zählt bereits 60 Mitglieder. Was sagt die „Hohe Löbliche“ von Dortmund dazu? „Des Lebens ungemischte Freude werde keinem Sterblichen zu Theil“, auch dann nicht, wenn der Sterbliche im Staate unmittelbar neben dem bekannten „Stellvertreter Gottes auf Erden“ rangirt. Die Zeit, ja die Zeit!

Der Nürnberger Magistrat hat bekanntlich schon oft den Frauen gegenüber bewiesen, daß er gerecht ist wie der Herr, der seine Sonne aufgehen läßt über Böse und Gute und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte. Und vom Standpunkte dieser hohen Gerechtigkeit aus konnte er unmöglich bloß die Vorstandsmitglieder des aufgelösten Frauen- und Mädchenvereins für ihre vereinsgesetzlichen Sünden strafen. Sein rächender Arm mußte vielmehr all die Sündinnen erreichen, die mit Frau Politika gemogelt hatten. So erhielten sämtliche 90 Mitglieder — auch die bereits seit längerer Zeit ausgetretenen — der lehrerischen Organisation Strafmandate in der Höhe von 3 Mark, dazu Kosten im Betrage von 1 Mark 60 Pfennig.

Aber der Marquis hörte ihn nicht. Er erhob eine Hand, zeigte mit tragischer, stolzer Geberde nach der Thüre und sagte leuchtend, außer sich:

„Verlaß das Zimmer. . . Verlaß das Zimmer. . . Du Seelenräuber. . . Mach', daß Du fortkommst, Du Gewissensschänder. . . Mach', daß Du fortkommst, Du Einbrecher bei Sterbenden!“

Der Abbé wich zurück, und auch ich näherte mich der Thüre und trat zusammen mit meinem Pfaffen den Rückzug an. Die beiden Dämchen waren gerächt, sie standen auf, ließen ihre halbgeessene Omelette stehen und stellten sich zu beiden Seiten des Lehnstuhls, wo mein Onkel saß. Sie legten ihre Hände auf seine Arme, um ihn zu beruhigen, um ihn gegen die verbrecherischen Attentate der Familie und Religion zu beschützen.

Der Abbé ging mit mir zu Mama in die Küche. Melanie ließ uns wieder niederstigen.

„Ich wußte wohl, daß das nicht wie geschmiert gehen würde“, sagte sie. „Man muß etwas Anderes ausdenken, sonst stirbt er uns noch weg. . .“

Die Berathung fing wieder von vorn an. Mama machte einen Vorschlag, der Abbé einen anderen, ich einen dritten.

Wir mochten etwa eine halbe Stunde lang mit leiser Stimme diskutieren haben, als sich ein heftiger Lärm in dem Zimmer erhob. Möbel wurden gerückt, und mein Onkel schrie noch heftiger und schrecklicher als vorher, so daß wir alle Bier emporsuhren.

Durch die Thüren und Wände hindurch klang es an unser Ohr: „Hinaus . . . hinaus . . . ihr Lämmel . . . ihr Schandbuben. . . Hinaus mit euch, ihr Schufte . . . hinaus . . . hinaus. . .“

Melanie stürzte fort und kam sogleich zurück, um mich zu Hilfe zu rufen. Ich eilte ins Zimmer. Mein Onkel war vor vorn in die Höhe gefahren und stand fast aufrecht da, wüthend

Die Betroffenen haben insgesamt Einspruch gegen diese Verfügung erhoben und dem Gericht steht also eventuell eine „Frauenversammlung“ bevor. Den Nürnberger Magistrat scheint der Schuh nicht bloß im Punkte der proletarischen Frauenbewegung zu drücken, sondern auch im Punkte der Ergiebigkeit der Einnahmequellen. Mag er seine Pflicht nur weiter thun, die Nürnberger Genossinnen thun unentwegt die ihrige. Trotz Auflösungsdekret und trotz Strafmandaten!

— Zur Klarstellung. In proletarischen Kreisen hat man sich hier und da Illusionen hingegeben über den Charakter der neuen Richtung bürgerlicher Frauenrechte, wie sie durch Frau v. Gizycki, Frau Cauer u. vertreten wird. Weil diese Richtung im Punkte der Frauenrechte mehr und energischer fordert als ihre Schwesterströmungen, weil sie eine zwar freimüthige, aber immerhin billige Kritik an manchen sozialen Schäden übt, weil sie endlich für gewisse soziale Reformen eintritt: täuschte man sich hier und da über ihr durchaus bürgerliches Wesen und war geneigt, ihr eine Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung beizulegen, welche sie durchaus nicht besitzt. Es kann deshalb nur klärend wirken, daß Frau v. Gizycki in einer „Berichtigung“ an den „Vorwärts“ es als ein Mißverständnis zurückweist, daß sie in einer Versammlung die sozialdemokratische Frauenbewegung zu unterstützen erklärt habe, weil jeder Sozialdemokrat eo ipso Vertheidiger der Frauenrechte sei. Ihre Erklärung habe vielmehr dahin gelautet, daß sie nach Kräften dafür wirken wolle, daß die Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung die sozialdemokratische Frauenbewegung kennen und ohne Vorurtheil beurtheilen lernen. Diese Richtigmachung wird für manche starkgläubige, illusionsfreundige Seele von Nutzen sein.

Das Verbot der Frauenarbeit im Bergbau.

— i. Auf der Tagesordnung des zu Weihnachten vorigen Jahres abgehaltenen deutschen Bergarbeiterkongresses stand unter Anderem die Forderung: „Verbot der Frauen- und Kinderarbeit“. Diese Forderung bedarf, soweit sie sich auf die Frauenarbeit bezieht, einer näheren Erörterung.

Die Sozialdemokratie steht nicht auf dem Standpunkt des bürgerlichen Philisters, der womöglich das ganze Dasein der Frau zwischen Küche, Schlafzimmer und Kinderstube vertheilt sehen möchte. Allerdings hält es auch der Philister mit diesem Standpunkt nur so lange und so weit, als er ihn nicht in Konflikt bringt mit seinen Geldinteressen. Als Kaufmann oder Fabrikant versteht er sehr wohl,

erregt mit heftigen Worten scheltend, ihm gegenüber standen hintereinander zwei Männer, welche darauf zu warten schienen, daß er vor Wuth zusammenstürze.

An dem langen Rock von lächerlichem Schnitt, der Miene eines Hauslehrers ohne Stellung, an dem Stehragen und dem weißen Halsstuch, an den glattgeschaiten Haaren und dem salbungsvollen Gesicht erkannte ich sofort in dem ersten der Männer einen protestantischen Pfarrer. Der zweite von ihnen war der Concierge des Hauses, welcher der reformirten Kirche angehörte, uns gefolgt und Zeuge unserer Niederlage gewesen war. Daraufhin hatte er in der Hoffnung eines besseren Erfolges eiligst seinen eigenen Geistlichen herbeigeht.

Mein Onkel schien vor Wuth den Verstand verloren zu haben. Wenn der Anblick des katholischen Geistlichen, des Geistlichen seiner Vorfahren, den zum Freidenker gewordenen Marquis de Fumerol erzürnt hatte, so brachte ihn der Anblick des Geistlichen seines Portiers ganz und gar außer sich.

Ich ergriff die beiden Männer bei den Armen und warf sie so schnell hinaus, daß sie beim Passiren der zwei nach der Treppe führenden Thüren zweimal heftig mit den Köpfen aneinander stießen.

Dann verschwand auch ich und kehrte in die Küche, unser Hauptquartier, zurück, um den Rath meiner Mutter und des Abbé einzuholen. Bestürzt und schluchzend kam Melanie in die Küche zurück.

„Er stirbt . . . er stirbt . . . kommen Sie schnell.“

Mama stürzt hinaus. Mein Onkel war der Länge nach auf den Boden gefallen und regte sich nicht mehr. Ich glaube, daß er schon todt war.

Mama benahm sich in der Minute großartig! Sie ging geradeswegs auf die beiden Dirnen zu, welche neben dem leblosen Körper knieten und ihn aufzuheben suchten. Sie deutete gebieterisch, mit einer Würde und Hoheit, welche keinen Widerspruch zuließen, auf die Thür und sagte:

den Werth der produktiven (werthschaffenden) Arbeit der Frau zu schätzen, und wo ihm der Profit winkt, da läßt er alle Rücksichten fallen auf die Theorie des alleinseigmachenden Kochtopfs. Als Kapitalist pfeift er auf sein Moralisiren und philosophisches Spintisiren als Mensch, um sich seiner schönen Gemeinplätze in dem Augenblick wieder zu erinnern, wo sie ihm von Vortheil sind. „Wenn sich Frauen an Versammlungen betheiligen, so schreit der Grubenproy zuerst, die Frau soll Kinder warten, Strümpfe stopfen, andererseits beschäftigt er die Frauen tagein tagaus in seinem kapitalistischen Betriebe“, bemerkte schlagend der Delegirte Meyer-Vochum auf dem erwähnten Kongreß.

Die Sozialdemokratie betrachtet die Frau vor Allem als ein vollberechtigtes Mitglied der Gesellschaft. Sämmtliche Güter der Kultur sollen ihr zugänglich gemacht werden nicht nur in ihrer Eigenschaft als Gattin und Mutter, sondern in ihrer Eigenschaft als Mensch, wie jeder andere Mensch. Die Sozialdemokratie weiß aber auch, daß die Produktionsentwicklung die Thätigkeit der Frau in der Haushaltung auf ein Minimum (Mindestmaß) herabsetzt, sowie daß ihre Thätigkeit als Erzieherin bereits durch die allgemeine Schulbildung bedeutend eingeschränkt worden ist und nach Schaffung eines rationellen (vernünftigen) gesellschaftlichen Erziehungs- und Schulwesens noch weiter zusammenschrumpfen wird. Die Sozialdemokratie ist sich andererseits sehr wohl bewußt, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Frauenarbeit zu einer unabwendbaren Thatsache geworden ist.

Aus all diesen Gründen erstrebt die Sozialdemokratie kein Verbot der Frauenarbeit überhaupt. Das hindert sie aber nicht, in vielen einzelnen Fällen Beschränkungen der Frauenarbeit zu fordern, zumal so lange die Herrschaft des Kapitals währt.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Arbeit keine freie, sondern eine ausgebeutete Thätigkeit. Der Kapitalist, soweit er nicht dazu gezwungen wird, nimmt keine Rücksichten auf die Wünsche seiner Arbeiter und Arbeiterinnen, auf ihre Gesundheit, ihre Kräfte, auf ihre Veranlagungen, ihre Bestrebungen, ihre geistige und körperliche Lebensfähigkeit. Er benutz die materielle Noth der Arbeiter und Arbeiterinnen, um nicht nur ihre Arbeitskraft auf Schändlichste auszubeuten, sondern ihre Gesundheit, ihr Leben selbst, unbekümmert darum, ob dies zur Vernichtung führt. Wenn sich daraus die Nothwendigkeit des Arbeiterschutzes überhaupt ergibt, so noch mehr, außer dem gesetzlichen Schutz der Kinderarbeit, derjenige der Arbeit von Frauen und Mädchen. Denn die Frau ist nicht nur im Allgemeinen zarter gebaut, als der Mann, sie ist zugleich die künftige Mutter, und was auf ihren

Organismus und ihre Gesundheit schädlich einwirkt, wird auch ihre Nachkommen in schädlicher Weise beeinflussen.

Zu den Produktionszweigen, in denen Leben und Gesundheit der Arbeiter den meisten Gefahren ausgesetzt sind, gehört aber unstreitig der Bergbau. Eine von dem englischen Parlament anfangs der vierziger Jahre eingesetzte Untersuchungskommission gab ein vernichtendes Urtheil ab über die gesundheitschädlichen Wirkungen der Grubenarbeit. Der Bericht der Kommission wies nach: „daß die Einathmung einer wenig sauerstoffhaltigen, mit Staub und dem Rauch des beim Sprengen gebrauchten Pulvers vermischten Atmosphäre, wie sie sich auf dem Grund der Bergwerke findet, die Lunge ernstlich affizirt (angreift), die Thätigkeit des Herzens stört und die Verdauungsorgane erschläft; daß viele Bergleute jung an der galoppirenden und die meisten in den besten Jahren an der langsamen Schwindsucht sterben, daß sie früh altern und zwischen dem 35. und 45. Lebensjahr arbeitsunfähig werden, und daß sehr viele durch den raschen Uebergang aus der warmen Luft des Schachtes in die kalte Luft der Oberfläche sich akute Entzündungen der ohnehin krankhaften Athmungsorgane zuziehen, welche sehr häufig tödtlich wirken.“ Speziell über die Arbeit in den Kohlengruben wurde berichtet: „Besonders die Weiber scheinen sehr von der Arbeit zu leiden und sind selten, wenn überhaupt jemals, so gerade wie andere Weiber. Daß Mißbildungen des Beckens und in Folge dessen schwere, ja tödtliche Geburten ebenfalls aus der Arbeit der Weiber in den Gruben entstehen, wird auch hier bezeugt. Außer diesen lokalen Verkrüppelungen haben die Grubenarbeiter aber noch an einer Reihe von speziellen Krankheiten zu leiden, die ziemlich mit denen der übrigen Bergleute zusammenfallen und leicht aus der Art der Arbeit zu erklären sind. Der Unterleib leidet vor Allem, der Appetit verliert sich, Magenschmerzen, Uebelkeit und Erbrechen treten in den meisten Fällen ein, dazu heftiger Durst, der nur mit dem schmutzigen, oft lauen Wasser des Bergwerks gelöscht werden kann; die Verdauungsthätigkeit wird gehemmt und dadurch die übrigen Krankheiten gefördert. Krankheiten des Herzens werden ebenfalls von mehreren Seiten als häufige Uebel der Grubenarbeiter angegeben und leicht durch Ueberarbeitung erklärt. Desgleichen die fast allgemeinen Bruchschäden, die ebenfalls die direkte Folge von übermäßiger Muskelanstrengung sind. . . . Eine eigenthümliche Krankheit dieser Art Arbeiter ist das Schwarzspeien, das aus einer Durchdringung der ganzen Lunge mit feiner Kohle entsteht und sich in allgemeiner Schwäche, Kopfschmerzen, Brustbeklemmung und schwarzem, dick-schleimigem Auswurf äußert.“ Zu den höchst gesundheitschädlichen

„Jetzt ist an Ihnen die Reihe, das Zimmer zu verlassen!“

Und sie gingen hinaus, ohne zu widersprechen, ohne ein Wort zu wagen. Ich muß bemerken, daß ich mich angeschickt hatte, sie mit derselben Lebhaftigkeit hinauszuspediten wie den protestantischen Pfarrer und den Concierge.

Der Abbé Boivron eitheilte nun meinem Onkel unter den üblichen Gebeten die letzte Delung und vergab ihm seine Sünden.

Mama, welche neben ihrem Bruder auf den Knien lag, schluchzte. Plötzlich rief sie aus: „Er hat mich erkannt. . . . Er hat mir die Hand gedrückt! . . . Ich bin sicher, daß er mich erkannt hat!!! . . . und daß er mir gedankt hat!! . . . Oh, mein Gott . . . welche Freude! . . .“

Die arme Mama! Wenn sie verstanden oder errathen hätte, wem und für was dieser Dank gelten mußte!

Der Onkel ward auf sein Bett gelegt. Diesmal war er wirklich todt.

„Gnädige Frau“, sagte Melanie, „wir haben keine Leintücher, um ihn zu begraben. Alle Wäsche gehört den beiden Damen. . .“

Ich betrachtete die Omelette, welche sie nicht aufgeessen hatten, und ich hatte gleichzeitig Lust, zu weinen und zu lachen. Im Leben giebt es manchmal sonderbare Augenblicke und sonderbare Empfindungen. Wir veranstalteten natürlich meinem Onkel ein prachtvolles Begräbniß, am Grabe wurden fünf Reden gehalten. Der Senator, Baron de Croiffelles, bewies mit bewunderungswürdigen Worten, daß Gott stets in dem Herzen seiner Auserwählten triumphirt, die sich einen Augenblick verirrt haben. Alle Mitglieder der royalistischen und klerikalen Partei gingen mit der Begeisterung von Siegern im Leichenzug und unterhielten sich davon, daß ein so schöner Tod ein etwas bewegtes Leben abgeschlossen hatte.

Der Vicomte Roger schwieg. Rings um ihn wurde gelacht. Jemand sagte: „Bah, das ist die Geschichte aller Bekehrungen von Sterbenden. . .“

Unser Programm.

Sie warnen euch täglich und stündlich vor uns,
Vor den Rothen, den Sozialisten;
Sie verleumdend und lügen, — sie sind ja, ihr wißt —
So erfahren in Lug und in Listen!
Sie nennen uns Schwärmer, verworrene Schwäher,
Und Dynamitarden, Umstürzler und Hezer;
Und ganz unaussprechbar ist, was wir erstreben,
Und stets hat es Armuth und Reichthum gegeben! —
Du Mann mit der Kelle, du Mann im Schurz,
O glaub' nicht dem Lügenschwalle;
Was wir wollen, ich sag's Dir bündig und kurz:
Bildung und Brot für Alle!

Ja, für Alle, was dieses Leben verlangt,
Des Leibes Bedürfniß für Alle!
Nicht Tausenden Elend und Einem das Glück,
Nein, frohes Behagen für Alle!
Für Alle der Fluren unendliche Spende,
Was Maschinen schaffen und rastlose Hände;
Für Alle die Frucht der Bäume, der Aeben,
Für Alle, was Meer und Flüsse uns geben!
Was die weite Natur an Gaben verschenkt,
Es sei für Alle, für Alle!
Drum ruhen wir nicht, bis Jedermann denkt:
Bildung und Brot für Alle!

Und wie's Sonnenlicht sei des Wissens Kraft,
Das Licht der Erkenntniß für Alle!
Was der Denker erforscht, was der Dichter schafft,
Das Hohe, das Schöne für Alle!
Was nach Licht lechzt, soll im Dunkeln nicht darben,
Und frei seien, die um die Freiheit je warben.
Nicht schmachte in Dummheit, was arm geboren,
Das Genie in der Hütte, es sei nicht verloren!
Für Alle des Wissens gewaltiger Hort,
Und des Bodens Segen für Alle;
Und Keiner soll hungern, darf schwelgen hinfort:
Bildung und Brot für Alle!

Eigenthümlichkeiten der Grubenarbeit kommen noch die vielen Unfälle in Folge von Gasexplosionen. Außerdem ist in vielen Bergbaubetrieben das zu gewinnende Erz eine giftige, die Gesundheit schädigende Substanz.

Wenn irgendwo die Beschränkung der Frauenarbeit angebracht ist, so ist sie es folglich gewiß im Bergbau. Vor Allem gilt es der Arbeit von Frauen „unter Tage“, d. h. im Innern der Gruben ein Ende zu machen. Es handelt sich dabei um eine alte Forderung der Bergarbeiter, die bereits in den großen Industrieländern von den Gesetzgebern befriedigt worden ist, so in Deutschland, England, Frankreich und Oesterreich, zum Theil auch in Belgien (für Mädchen unter 21 Jahren). Sodann muß das vollständige Verbot der Frauenarbeit in jenen Bergbaubetrieben verlangt werden, die gesundheitschädliche Substanzen produzieren. Endlich ist zu fordern, außer der Beschränkung und Regelung der Arbeitszeit und den sonstigen Forderungen von allgemeiner Bedeutung, noch das Verbot der Beschäftigung von Frauen bei solchen Verrichtungen, die von den Ausführenden eine übermäßige Kraftanstrengung erfordern, wie z. B. das Bewegen großer Lasten u. s. w. Aber darüber hinauszufragen und die Forderung zu erheben auf ein allgemeines Verbot der Frauenarbeit in den Bergwerken überhaupt, also auch „über Tage“ und unter Bedingungen, die denen anderer Produktionsgebiete ähnlich sind, scheint uns im Widerspruch zu stehen mit dem Standpunkt, welchen die Sozialdemokratie bis jetzt in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung eingenommen hat und ihren Prinzipien gemäß einnehmen mußte.

Die Gründe, die für diese radikale Forderung ins Feld geführt werden, sind auch durchaus verschieden von denen, auf welche sich die Nothwendigkeit der oben erwähnten Maßregeln stützt. Bei der Forderung wird einfach darauf verwiesen, daß die Konkurrenz der billigen weiblichen Arbeitskräfte den männlichen Arbeitern von Nachtheil ist. Diese Erscheinung ist keine solche, welche nur dem Bergbau eigenthümlich ist. Wollte man aus dem angegebenen Grunde die Frauenarbeit in den Bergwerken verbieten, so wäre es nur logisch, daß man die Frauenarbeit überhaupt für alle Berufszweige durch Verbot abschafft. Eine solche Forderung kann und wird Niemand erheben, der einen Einblick hat in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse und in den sich vollziehenden wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß. Die Konkurrenz unter den Arbeitern bezw. unter Arbeitern und Arbeiterinnen läßt sich auf gesetzgeberischem Wege nicht beseitigen. Sie fällt nur weg, wenn das Lohnsystem, mit dem die ganze kapitalistische Produktionsweise beseitigt ist. Um aber, so lange noch die kapitalistische Gesellschaft besteht, die Wirkungen der Konkurrenz abzuwehren, dazu giebt es nur ein Mittel — die gewerkschaftliche Organisation.

Nicht die Forderung auf Ausscheidung der Arbeiterinnen aus der Produktion dürfen die Arbeiter, auch die Bergarbeiter, zu ihrer Lösung machen, sondern die Vereinigung des männlichen und weiblichen Proletariats zum gemeinsamen Kampf gegen das ausbeuterische Kapital. Wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen des Bergbaus eine kräftige gewerkschaftliche Organisation schaffen, dann wird es ihnen gelingen, von den Grubenprognen sich bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu erkämpfen, die Allen gemeinsam zugute kommen.

Etwas vom Heilserum.*

Seit länger als hundert Jahren kennt man den Werth der Schutzpockenimpfung, die allmählig in allen Kulturstaaten obligatorisch eingeführt worden ist. Durch die Einimpfung der Kuh-, Kalb- oder Menschenlymphe wird das geimpfte Individuum gegen das ansteckende Gift der Blattern geschützt; wenn auch nicht immer auf Lebenszeit, so doch auf eine Reihe von Jahren (fünf bis zehn) hinaus. Die Thatsache selbst war bekannt, erklärt konnte sie bis vor kurzem nicht werden.

In neuester Zeit haben die epochemachenden Entdeckungen von Pasteur und Robert Koch, sowie von ihren zahlreichen Schülern zur Erklärung der Thatsache geführt. Wenn man einem Thier kleine Mengen eines giftigen Ansteckungsstoffes einimpft, so wird es allmählig gegen immer größere Mengen des Giftstoffes abgestumpft und kann schließlich ohne Schaden eine Quantität Ansteckungsstoff aufnehmen, welche bei einem anderen nicht vorbereiteten oder an das Gift gewöhnten Thier unfehlbar tödtlich wirken würde. Solche gegen irgend einen Ansteckungsstoff unempfindlich gemachte Thiere nennt man immun. Spätere Beobachtungen lehrten, daß schon das Blut oder auch nur das Blutwasser, Serum genannt, von immun gemachten Thieren nach der Uebertragung auf noch nicht geimpfte Thiere

ebenso abhärtend oder abstumpfend wirkt, wie das oben geschilderte Einimpfen von steigenden Mengen eines Ansteckungsstoffes selbst.

Die Fachgelehrten zeigten, daß der auf ein Versuchsthier in steigender Menge übertragene Giftstoff, Toxin genannt, während eines Umlaufs im Blute einen neuen Stoff erzeugt, das Antitoxin, zu Deutsch: Gegengift. Das Antitoxin vermehrt sich ebenfalls und zwar im Verhältniß zur Menge des eingeimpften Toxins (Gift). Mit Antitoxin geimpfte Thiere können immun gemacht werden gegen Infektion mit frischem Ansteckungsstoff, oder manchmal widerstandsfähig gegen die Folgen einer bereits früher erfolgten Ansteckung, so daß eine wesentlich abgeschwächte Wirkung derselben eintritt.

Dieser Vorgang erklärt die Wirkung der Schutzpockenimpfung. Die vom Kalb auf den menschlichen Arm übertragene Lymphe (der Impfstoff), d. h. nichts anderes als eine bestimmte Art von Toxin, erzeugt Bläschen mit einem flüssigen Inhalt, welcher wieder nur Lymphe ist, aber auch die Eigenschaft des Antitoxins zeigt und immun gegen die Ansteckung mit echtem Blatterngift macht.

Professor Behring in Deutschland ist es nun gelungen, das Antitoxin der Diphtheritis zu erzeugen und Dr. Roux in Frankreich, der die betreffenden Arbeiten mit großem Interesse verfolgte, bestätigte durch seine eigenen Experimente die Ergebnisse von Behring's Versuchen. Die mit dem Heilserum angestellten Versuche ergaben insofern ein vielversprechendes Ergebnis, als eine größere Zahl von Heilungen erzielt wurde, wie mit den früheren Behandlungsmethoden. Das endgiltige Urtheil über den Werth des Heilserums ist noch lange nicht spruchreif. Allein es läßt sich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit sagen, daß es einen Heilwerth besitzt, besonders wenn es so früh als möglich zur Anwendung gelangt, ferner, daß es einen gewissen Schutz gegen Ansteckung mit Diphtheritisgift verleiht, wenn die Umgebung eines von dieser Seuche befallenen Kranken vorfichtshalber geimpft wird.

Dem Waarencharakter unserer Gesellschaftsordnung entsprechend bekam die Verwerthung der neuen Entdeckung sofort einen kapitalistischen Beigeschmack. Das Heilserum sollte nicht bloß den Bürgern der Diphtheritis vertreiben, es sollte auch bereichern. Die Entdeckung wurde kapitalistisch ausgebeutet. Professor Behring verkaufte sie an die Farbwaarenfabrik von Meister, Lucius & Brünning in Höchst, von welcher er bereits seit Jahren jährlich 10 000 Mark „zur Förderung“ seiner Studien und Versuche erhalten hatte. Daß der Entdecker eine runde Summe für das Abtreten seines Eigenthumsrechts erhielt, versteht sich am Rande. Aber weit bedeutender war der Vortheil, den die Entdeckung der genannten Fabrik brachte. Die Nachfrage nach dem Heilserum war eine sehr große, der Preis des Mittels ein kolossal hoher. Die Aktien der Farbwaarenfabrik stiegen, stiegen immer höher und erreichten endlich den höchsten Kurs aller deutschen Industriestämme: 433,50 Mark. Die „Förderung“ der wissenschaftlichen Studien und Versuche des Herrn Professors machte sich also wohlbezahlt!

Natürlich stehen diese kolossal hohen Preise des Heilserums im Gegensatz zu den Interessen der Gesellschaft. Ein Fläschchen des Medikaments kostet Nr. 1: 12 Mk.; Nr. 2: 15 Mk.; Nr. 3: 18 Mk. Und der Inhalt eines Fläschchens wird bei der Behandlung bezw. Impfung auf einmal und an einem Tag gebraucht. Das heißt mit dürren Worten soviel, daß den Minderbemittelten und erst recht den Armen die Entdeckung nicht zu Gute kommt, daß die Kinder der Habenichtse und kleinen Leute weiter von der Diphtheritis hinweggerafft werden. Und warum? Damit Aktionäre möglichst fette Dividenden einsäckeln! Um diese Thatsache thunlichst zu verdecken, bewilligten die Gemeindevertretungen verschiedener großer Städte Mittel zur Anschaffung des Heilserums für die Spitäler. Aber die zu dem Zwecke ausgeworfenen Summen erwiesen sich als zu klein, um den Bedarf an dem neuen Medikament zu decken. Und so wird allerorten kräftig der Bettelstafel geschwungen, um genügende Quantitäten Heilserum für die Spitäler zu beschaffen, in welche die Kinder der Armen meist erst dann übergeführt werden, wenn Heilung nicht mehr möglich ist.

In Berlin wurde im Laufe vorigen Sommers in Folge der neuen Behandlungsweise der Diphtherie eine auffallend günstige Statistik veröffentlicht. Allein schon im September nahm die Zahl der Heilungen ab, weil, wie angegeben wurde, das Heilserum wegen Mangel an Geld nicht weiter angeschafft werden konnte.

Ein größere Satire auf unser „humanes“ Zeitalter läßt sich kaum denken als die Thatsache, daß ungezählte Kinder dem Tode preisgegeben werden, weil das Heilmittel, das ihnen vielleicht Rettung zu bringen vermöchte, kapitalistisch ausgebeutet wird.

Die kapitalistische Gesellschaft schachtet mit Allem und Jedem: mit Entdeckungen und Heilmitteln so gut wie mit Stiefeln und Kleidern. Sie entwürdigt den Entdecker und Forscher ebenso gut zum Sklaven des Kapitals wie den Lohnarbeiter und die Lohnarbeiterin. Der

* Wegen Raummangels verspätet.

„heilige Goldhunger“ zeigt überall seine grinsende Fraze. Vor ihm wiegt die Volksgesundheit nicht einen Strohalm. Die Wohlthätigkeitskomödie der Besitzenden kann darüber nicht hinwegtäuschen. Denn während diese z. B. in dem vorliegenden Falle auf dem Wege des Bettels zu Gunsten armer Kinder ein Medikament beschaffen wollen, dessen Heilkraft noch nicht endgiltig bewiesen ist, erzeugt ihre Gesellschaft auf dem Wege der Ausbeutung des Proletariats mit der Massenarmuth die Vorbedingungen für die Verbreitung der Diphtheritis und vielfach auch für ihren tödlichen Ausgang. Ein wirklich humanes, jedes Menschenleben würdigende und jedes Menschenrecht achtende Zeitalter bricht erst an mit der Herrschaft des Sozialismus.

Dr. Josef Schwarz.

Kleine Nachrichten.

Ein Zeichen für das Wachsen der Umsturzgefahr nannte Herr v. Köller die von uns in Nr. 2 gekennzeichnete Petition bürgerlicher Frauen für eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechts. Wir wollen diese Werthschätzung der gewohnheitsmäßigen Verleumdung von Thatsachen seitens eines Ministers zugute halten, der von Amts wegen gezwungen ist, mühsam im Schweife seines Angesichts Beweismaterial für das Umschgreifen „subversiver Tendenzen“ zusammenzuklauben. Wenn Polizeiminister etwas lernen könnten, so würden wir Herrn v. Köller darauf aufmerksam machen, daß die Reformforderung, welche ihm als Zeichen der wachsenden Umsturzgefahr das staatsverhaltende Gemüth ängstigt, in sehr vielen anderen Ländern bereits seit Langem verwirklicht ist, daß daselbst seit Langem sich der diesbezügliche „Umsturz“ vollzogen hat. In vielen Ländern, wo die Frau das Wahlrecht nicht besitzt, besitzt sie unbeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit. Schrecklich, aber wahr, Herr v. Köller, und ebenso wahr, daß diese Länder mindestens genau so sicher vor dem „Umsturz“ sind, als das Deutsche Reich. Doch mehr noch. Wir wollen Herrn v. Köller ein furchtbares „umstürzlerisches“ Geheimniß verrathen, das er vielleicht den Alten zum Umsturzgesetz einverleiben kann, ohne daß er vorher nöthig hätte, sich mit Ehren-Ruß in Verbindung zu setzen. Es giebt Staaten — allerdings in Amerika und Australien — es giebt aber immerhin Staaten, Herr v. Köller, in denen der „Umsturz der Umstürze“ soweit vollzogene Thatsache ist, daß die Frauen das Wahlrecht besitzen und ausüben. Schrecklich, aber wahr! Und in England gelangt seit Jahren im Parlament ein Antrag zur Verhandlung, den Frauen das Stimmrecht zu verleihen, ein Antrag, der wiederholt schon sogar die Zustimmung konservativer Politiker fand. Niemand hat aber noch davon gehört, daß englische Staatsmänner deswegen an Alpdrücken gelitten hätten. Allerdings englische Staatsmänner und nicht deutsche Polizeiminister. Hinc illae lacrimae. Die sozialistische Bewegung läßt sich in ihrem Urtheil über die Bedeutung der Petition durch den ministeriellen Ausspruch nicht irre machen. Sie sieht in ihr ein Anzeichen dafür, daß die bürgerlichen Frauen Deutschlands anfangen, sich ihrer unwürdigen sozialen Stellung bewußt zu werden, daß auch sie die Bedeutung der politischen Gleichberechtigung erkennen, welche die proletarischen Frauen schon seit langen Jahren fordern und zu erkämpfen streben. Aber die Anerkennung des kleinen Fortschritts kann und darf die sozialistische Bewegung nicht dazu verleiten, aus Galanterie die ungeschickten, tastenden, unsicheren Schritte bürgerlicher Frauenrechtelei mitzumachen, Schritte, über welche die proletarische Frauenbewegung seit Langem hinaus ist, und welche auch abseits von dem Wege liegen, welcher der Sozialdemokratie vorgezeichnet ist.

Ein humaner Arbeitgeber, welcher die Rechte und Würde seines Arbeitspersonals respektirt, ist offenbar der Zigarettenfabrikant Jasmagin in Dresden. Acht Tage vor Weihnachten, zur schönen Vorbereitung auf das Fest der Liebe, entließ er eine seiner Arbeiterinnen aus Lohn und Brot. Und warum? Der Hauptgrund für die Entlassung war jedenfalls, daß sich die Lohnflavin unterfangen hatte, ihre Interessen bewußt zu vertreten, indem sie für die bevorstehende Ortskrankenkassenwahl Stimmzettel der Arbeiterliste vertheilte. Zum ersten Male stand den Frauen das Recht zu, sich an dieser Wahl zu betheiligen, aber falls es dem Unternehmerrthum beliebt, muß die Arbeiterin eine ihrem Ermessen entsprechende Ausübung dieses Rechts mit dem Verlust ihrer Beschäftigung büßen. Nicht bloß billig liebt der Ausbeuter die weibliche Arbeitskraft, auch süßsam, stumpfsinnig und theilnahmslos gegen Alles, was seinen Profit nicht mehrt oder was gar dazu beiträgt, das Klassenbewußtsein der lebenden Anhängsel der todten Maschinen zu wecken. Und daß Herr Jasmagin sein Arbeitspersonal lediglich als unentbehrliche Mädchen seines Betriebs betrachtet und nicht als Menschen, das erhellt recht herzerfrischend aus dem Wörterbuche, dessen er sich im Umgang mit seinen Arbeiterinnen und Arbeitern bedient. „Luderfch“, „Frauenzimmer“, „rothe

Bande“ sind die ihm geläufigen Kosenamen für die Leute, die er beschäftigt, und denen er gelegentlich Ohrfeigen und Schädel einschlagen anbietet. Es geht doch nichts über die Bildung des Unternehmertums!

Frauenstudium. An der Universität Cambridge hat eine Dame, Fräulein Johnson, bei dem letzten mathematischen Examen ihre sämtlichen männlichen Mitbewerber geschlagen. In Louisville, Kentucky, ist die erste Farbige als Arztin thätig. Miß Artilia Gilbert, so ist ihr Name, hat eine bedeutende Praxis.

Wirklungen des Frauenstimmrechts in Wyoming. In dem amerikanischen Staate Wyoming besteht das Frauenstimmrecht seit 25 Jahren. Am 12. Dezember 1893, als am Jubiläumstage, erließ die Volksvertretung folgende Resolution: „Der Besitz und die Ausübung des Stimmrechts durch die Frauen in Wyoming hat keinerlei schlechte, sondern nach vielen Richtungen hin sehr gute Folgen gehabt; es hat in hervorragender Weise dazu beigetragen, Verbrechen und Armuth aus diesem Staat zu verbannen, und zwar ohne alle Gewaltmaßregeln; es hat friedliche und ordentliche Wahlen, eine gute Regierung, einen bemerkenswerthen Grad von Zivilisation und öffentlicher Ordnung herbeiführen helfen; und wir weisen mit Stolz auf die Thatsache hin, daß seit 25 Jahren, seit die Frauen das Stimmrecht besitzen, kein Distrikt von Wyoming ein Armenhaus besitzt, daß unsere Gefängnisse so gut wie leer und Verbrechen so gut wie unbekannt sind. Gestützt auf unsere Erfahrung dringen wir darauf, daß jeder zivilisirte Staat auf Erden den Frauen ohne Verzug das Stimmrecht gewährt. Wir beschließen, daß eine authentische Abschrift dieser Resolution durch den Gouverneur unseres Staates den Regierungen aller Staaten und Territorien Amerikas und allen gesetzgebenden Körperschaften der Welt überreicht werde, und wir ersuchen die Presse der gesammten zivilisirten Welt, die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf diese Resolution zu lenken.“ So bestimmt und energisch wir auch die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts fordern; so tief wir auch von der Nothwendigkeit und dem Nutzen einer diesbezüglichen Reform überzeugt sind; so sicher wir endlich glauben, daß dort, wo die Gesetzgebung auch Sache der Frauen ist, manche soziale Mißstände beseitigt, andere gemildert werden: so können wir doch nicht umhin, hinter obige begeisterte Schilderungen ein großes Fragezeichen zu stellen. Nicht die Gesetzgebung schafft die gesellschaftlichen Verhältnisse, umgekehrt, die gesellschaftlichen Verhältnisse finden ihren Ausdruck in der Gesetzgebung. Wo der Klaffen Gegensatz zwischen Armen und Reichen besteht, da werden auch soziale Verhältnisse und Gesetze das Brandmal dieser Klaffen spaltung tragen, ganz gleich, ob die Gesetze allein das Werk der Männer sind oder unter Mitwirkung der Frauen zu Stande kommen. Denn die Frauen werden gerade so gut wie die Männer von den Interessen der Klasse beherrscht, der sie angehören. Das Dienstmädchen wird von den „besseren Frauen“ und „höheren Töchtern“ genau so als Mensch zweiter Gattung behandelt — oft auch mißhandelt —, wie Arbeiter von dem ostelbischen Krautjunker oder irgend einem Schlotjunker als Menschen zweiter Gattung behandelt werden. Die Frau, die Fabrikbesitzerin, Inhaberin eines kaufmännischen Geschäfts, kurz Besitzerin eines kapitalistischen Betriebs ist, beutet unbefehadet der „Geschlechtsgenossenschaft“, die sie mit der „ärmeren Schwester“ verbindet, die proletarische Frau als Arbeiterin, Angestellte zc. genau so rücksichtslos aus, als ein x-beliebiger männlicher Kapitalist. Gewiß, die Zuerkennung des Stimmrechts an das weibliche Geschlecht bedeutet schon an und für sich eine erstrebenswerthe Reform. Gewiß, die Verwirklichung dieser Reform wird eine Reihe segensreicher Folgen kultureller Fortschritte zeitigen. Aber die Zuerkennung des Stimmrechts an das weibliche Geschlecht ist keineswegs ein Allheilmittel, das die gesammten sozialen Schäden kurirt. Das vermag nur der Sozialismus, weil nur er die Wurzel aller sozialen Schäden beseitigt: die Klaffen spaltung in Habenichtse und Reiche.

Den Parteigenossinnen zur Beachtung.

Mehrfachen Anfragen zufolge erklären wir, daß wir der Petition einiger Bourgeoisdamen an den Reichstag wegen Reform des Vereinsrechts völlig fern stehen. Wir sind der Ansicht, daß unsere Genossinnen keine Veranlassung haben, die Petition zu unterschreiben, welche weder in ihrer Form noch nach ihrem Inhalt den Anschauungen proletarischer Frauen entspricht.

Die Frauen-Agitations-Kommission Berlin.